

Einwohnerrat

Sitzungsprotokoll vom 10. März 2022

Vorsitz:	Remo Keller, Einwohnerratspräsident
Anwesend:	37 Mitglieder des Einwohnerrats 5 Mitglieder des Stadtrats
Entschuldigt:	Philippe Minnig Filomena Hofstettler Thomas Schär
Protokollführung:	Beatrice Räber, Vizestadtschreiberin
Zeit:	19.30 Uhr bis 21.30 Uhr
Ort:	Aula des Schulhauses Lenzhard

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Inpflichtnahmen von Corin Ballhaus (SVP), Markus Thöny (SVP), Fabian Würmli (SP)
3. Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts
 - a. Mebrahtu Fesshaye Tela, 1978, zusammen mit den Kindern Samrawit, 2013, Mielat, 2014, und Yafiet, 2018, Staatsangehörige von Eritrea
 - b. Uwe Marcus Raetz, 1979, zusammen mit seiner Ehefrau Katharina Raetz geb. Haug, 1980, und den Kindern Alexandra Valerie, 2014, und Isabelle Victoria, 2018, Staatsangehörige von Deutschland
 - c. Agnieszka Buczak, 1981, zusammen mit den beiden Kindern Adrian, 2005, und Angelika, 2011, Staatsangehörige von Polen
 - d. Marco Mirarchi, 1988, zusammen mit seiner Ehefrau Alice Passaseo Mirarchi, 1990, und den Kindern Leano, 2020, und Solea, 2021, Staatsangehörige von Italien
 - e. Zorica Savovic, 1979, Staatsangehörige von Serbien
4. Berufsschule Lenzburg (BSL); Erweiterung des Weiterbildungszentrums (wbz); Projektierungskredit
5. Dragonerstrasse West, Strassensanierung 2. Etappe, Abschnitt Haus Nr. 37 bis Fünflindenstrasse; Verpflichtungskredit
6. Wylgasse; Sanierung Abschnitt Friedweg bis Wilstrasse; Kreditabrechnung
7. Postulat CO2 neutral bis 2030, Überweisung
8. Umfrage

Verhandlungen:

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, geschätzte Stadträtinnen und Stadträte. Herzlich Willkommen zur 2. Sitzung der laufenden Legislatur.

Im Rahmen meiner Antrittsrede, habe ich in diesem Saal, wenig mehr als vor einem Monat behauptet, dass das Jahr 2022 ein unvergessliches Jahr wird. Seit Russland am 24. Februar die Ukraine überfallen hat, ist das leider traurige Realität geworden. So habe ich das aber nicht gemeint. Ich bin fassungslos über die schrecklichen Nachrichten, welche uns in den letzten Tagen erreicht haben. Es herrscht Krieg in Europa. Wir sind alle entsetzt, schockiert und in grosser Sorge um die Menschen in der Ukraine. Es gibt aber auch Signale, welche mich in dieser düsteren Zeit positiv stimmen. Einerseits die grosse Solidarität welche überall in Europa und generell im Westen, einmal mehr zum Vorschein kommt. Es wird auf verschiedenen Ebenen unbürokratisch und unkompliziert geholfen. Grenzen, welche vor kurzer Zeit noch unpassierbar waren, werden geöffnet. Andererseits auch den Aufschwung, welche die Freiheit zurzeit wieder erlebt. In der Ukraine wird uns gnadenlos vor Augen geführt, dass Freiheit etwas ist, wo es sich lohnt, dafür zu kämpfen. Manchmal mit Waffen, aber zum Glück meistens nur mit Worten und ziviler Entschlossenheit. Auch die Freiheit habe ich in meiner Antrittsrede angespielt, welche für uns im Westen selbstverständlich gewesen ist. Durch den Angriffskrieg von Putin sind wir uns bewusst geworden, dass es nicht selbstverständlich ist. Freiheit ist ein begehrtes Gut geworden. Pflegen wir heute also die Demokratie als Garant für unsere Freiheit und starten mit der Einwohnerratssitzung.

Geschätzte Anwesende von der Presse. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen. Für den Lenzburger Bezirksanzeiger ist heute Fritz Thut sowie Deborah Bläuer, welche neu begonnen hat, sowie Valérie Jost von der Aargauer Zeitung anwesend. Wie immer zur Unterstützung an meiner Seite, Vizestadtschreiberin Beatrice Räber. Ein ganz herzlicher Dank auch an Marcel Wattering als Ratsweibel, welcher uns für heute den Saal in gewohnter Manier hergerichtet hat.

Beim Versand der Einladung haben noch andere Zeiten geherrscht, so hat man geschrieben, dass ein Mund-Nasenschutz Pflicht ist. Ich sehe aber, dass sich schon fast alle an die neuen Zeiten angepasst haben. Wer will, kann die Maske selbstverständlich weiterhin tragen, wir haben ja noch immer relativ hohe Zahlen.

Die Traktandenliste und die weiteren Unterlagen sind Ihnen rechtzeitig zugestellt worden. Ich stelle fest, dass der Rat beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet.

1 Mitteilungen

1. Protokolle

Das Protokoll der Sitzung vom 3. Dezember 2021, wurde Ihnen in der Zwischenzeit zugestellt. Ich kann ankünden, dass das Protokoll, von der 1. Sitzung der neuen Legislatur vom 13. Januar 2022, in den nächsten Tagen zugestellt wird.

2. Rechtskraft von Beschlüssen

Die Beschlüsse der Einwohnerratssitzung vom 13. Januar 2022 unterstehen nicht dem Referendum, sind also rechtskräftig.

3. Neueingänge

Wir haben eine Anfrage von der FDP bezüglich Raumkapazität im Oberstufenzentrum Lenzhard. Dann ein Postulat der FDP bezüglich Prüfungen ziel-führender Massnahmen zur Lenzburger Klimaneutralität. Allenfalls wird dieses Postulat als dringlich erklärt. Wir werden dies also kurz vor der Umfrage als zusätzliches Traktandum führen, um in einer ersten Phase zu entscheiden, ob wir das als dringlich erklären oder nicht. Ich wäre zukünftig froh, wenn man beim Einreichen von Postulaten, welche man als dringlich erklärt haben möchte, begründet, warum dies so sein soll. Bitte schreibt dies direkt ins Postulat, damit wir es im Ratsbüro besser einschätzen können. Dann haben wir noch ein Postulat der Grünen betreffend Strategie zur Verhinderung des Klimanotstands.

4. Entschuldigungen

3 Personen mussten sich aus gesundheitlichen Gründen entschuldigen: Philippe Minnig, Filomena Hofstettler und Thomas Schär

2 Inpflichtnahmen von Corin Ballhaus (SVP), Markus Thöny (SVP), Fabian Würmli (SP)

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Für die Inpflichtnahme bitte ich die 3 Mitglieder, welche bei der ersten Sitzung nicht dabei sein konnten, konkret Corin Ballhaus, Markus Thöny und Fabian Würmli vor den Rat zu treten.

Vizestadtschreiberin Beatrice Räber verliest hierauf die in §3 des Geschäftsreglements festgehaltene Gelöbnisformel: «Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrats das Wohl der Gemeinde Lenzburg zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.» Mit den Worten «Ich gelobe es» leisten hierauf die drei Einwohnerratsmitglieder ihr Gelübde.

Nachdem dieser Akt das letzte Mal noch von Dani ausgeführt wurde, war das meine Premiere. Ich hoffe, dass es ein "once-in-a-lifetime-Erlebnis" ist, welches natürlich eine Aufforderung an euch ist, dass es in den nächsten zwei Jahren keine Rücktritte gibt.

3 Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Wir haben gesamthaft fünf verschiedene Gesuche, mit aber deutlich mehr Personen, welche sich gerne einbürgern lassen möchten.

Sprecherin der Einbürgerungskommission ist Christina Bachmann (die Mitte): Wir Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte haben heute ein grosses Privileg. Wir dürfen nämlich sieben Erwachsene und neun Kindern das Gemeindebürgerrecht zusichern. Wir geben ihnen somit die Chance, hier eine neue Heimat zu finden. Ich fühle grossen Respekt und grosse Demut vor diesen 16 Menschen, die sich entschieden haben, in der Schweiz eine neue Existenz aufzubauen und sich einbürgern zu lassen. Sie verbringen Stunden damit über die Schweiz, das Land und über den Ort wo sie Leben zu lernen. Sie können vielleicht Nächte lang nicht schlafen aus Angst vor diesen Interviews. Sie wollen die Schweiz kennenlernen, sie bezahlen dafür und sie stehen uns Rede und Antwort in der Einbürgerungskommission. Es ist ihnen viel Wert, es kostet sie etwas. Und ich kann ihnen sagen, es hat auch für mich viel Wert, dass diese 16 Menschen heute das Gemeindebürgerrecht wünschen. Es ist mir viel Wert,

dass sie hier Leben und sich in unserem Land einbringen. Und auch noch mehr einbringen wollen, auch in der Politik. Es hat einen grossen Wert für uns persönlich als Menschen, aber auch für unser Land und für unsere Gesellschaft. Ihr schenkt uns eine Offenheit und diese Multikulturalität wie wir sie in der Schweiz immer mehr haben. Sie bringen uns feines Essen, sie bringen uns neue Musik und neue Sprachen. Sie zeigen uns eine andere, zum Teil auch weniger privilegierte Sicht aufs Leben, sie schenken uns ihr Vertrauen und sind bereit sich zu engagieren. Wie Remo vorher, möchte auch ich in dieser schrecklichen Zeit des Kriegs in Europa eine Verbindung machen. Und zwar sehe ich diese Ukrainerinnen und Ukrainer wie sie für ihr Land und ihre Heimat kämpfen. Wir erleben auf schreckliche Art und Weise einen Präsidenten, der alles dafür tut, um sein Land zu verteidigen und Mut und Unerschrockenheit zeigt. Der nicht ins Exil geht, sondern in seinem Land bleibt. Wir erleben grosses Leid und grosse Verzweiflung. Wir kriegen dies auch hautnah mit. Wir sind Zeuge davon, was es bedeutet, wenn man das eigene Land verlassen und einen neuen Ort finden muss. Wir wissen nur wenig davon, warum und wie diese Menschen heute zu uns in die Schweiz gekommen sind, oder ihre Grosseltern oder ihre Eltern. Aber was wir wissen ist, dass es ihnen sehr viel Wert ist, dass sie hier sind. Wir haben in der Kommission die Gesuche geprüft und empfehlen ihnen, diese 16 Menschen einzubürgern und ihnen somit die Chance zu geben, hier in der Schweiz eine neue Heimat zu finden. Es ist mir auch wichtig, dass sie wissen, dass sie für uns wertvoll sind. Familie Tela, Familie Raetz, Familie Buczak, Familie Mirarchi und Frau Savovic: schön sind Sie heute da und wir wünschen Ihnen, dass Sie sich in der Schweiz wohlfühlen und hier ein Land finden, wo Sie merken, dass es sich lohnt, sich dafür zu engagieren.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Danke, Christina Bachmann. Die Diskussion ist offen. Wünscht jemand das Wort? Wenn die Diskussion nicht gewünscht wird, komme ich zu den Abstimmungsfragen.

Einwohnerratspräsident Remo Keller erläutert das weitere Vorgehen.

Abstimmungen

Einstimmig beschliesst der Einwohnerrat, über die Einbürgerungsgesuche in Globo abzustimmen.

Mit 23 Ja-Stimmen für eine offene Abstimmung gegen 11 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschliesst der Einwohnerrat, dass in einer offenen Abstimmung über die Fragen entschieden wird.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Dies bedeutet, dass ich die Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller aus Vertraulichkeitsgründen bitten muss, den Saal zu verlassen. Wir werden Sie anschliessend sofort wieder hereinholen, sobald das Prozedere durch ist. Besten Dank.

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 19. Januar 2022 wird in offener Abstimmung das Gemeindebürgerrecht von Lenzburg zugesichert:

- a. Mebrahtu Fesshaye Tela, 1978, zusammen mit den Kindern Samrawit, 2013, Mielat, 2014, und Yafiet, 2018, Staatsangehörige von Eritrea. Die Zusicherung erfolgt mit 34 Stimmen.
- b. Uwe Marcus Raetz, 1979, zusammen mit seiner Ehefrau Katharina Raetz geb. Haug, 1980, und den Kindern Alexandra Valerie, 2014, und Isabelle Victoria, 2018, Staatsangehörige von Deutschland. Die Zusicherung erfolgt mit 37 Stimmen.
- c. Agnieszka Buczak, 1981, zusammen mit den beiden Kindern Adrian, 2005, und Angelika, 2011, Staatsangehörige von Polen. Die Zusicherung erfolgt mit 37 Stimmen.
- d. Marco Mirarchi, 1988, zusammen mit seiner Ehefrau Alice Passaseo Mirarchi, 1990, und den Kindern Leano, 2020, und Solea, 2021, Staatsangehörige von Italien. Die Zusicherung erfolgt mit 37 Stimmen.
- e. Zorica Savovic, 1979, Staatsangehörige von Serbien. Die Zusicherung erfolgt mit 37 Stimmen.

Diese Beschlüsse unterliegen nicht dem fakultativen Referendum.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Besten Dank für Ihre Geduld. Ich kann hier informieren, dass alle 5 Gesuche mit allen Personen gutgeheissen worden sind. Ich gratuliere Ihnen ganz herzlich zur Zusicherung des Gemeindebürgerrechtes.

4 Berufsschule Lenzburg (BSL); Erweiterung des Weiterbildungszentrums (wbz); Projektierungskredit

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Wir haben heute, vielleicht habt Ihr es schon bemerkt, Vertreter der Berufsschule unter uns, welche gespannt unsere Diskussion mitverfolgen werden. Wir haben sie heute hier als Gäste und ich kann an dieser Stelle vorausnehmen, dass wir am 5. Mai und am 23. Juni im Panoramasaal in der Berufsschule ebenfalls Gastrecht haben werden. Diese zwei Daten also schon einmal zum Vormerken. Die Sitzung wird nicht hier, sondern in der Berufsschule stattfinden.

Sprecher der GPFK ist Franck Robin (SP): Die Berufsschule Lenzburg gehört zu den grossen Berufsfachschulen im Kanton. Sie liefert einen wichtigen Beitrag zur Ausbildung von Lernenden, es sind bis zu 2'200 im Jahr. Als Teil davon bietet das Weiterbildungszentrum auch Lehrgänge und Kurse im Bereich der Erwachsenenbildung an. Seit der Eröffnung vor 11 Jahren ist das WBZ stetig gewachsen und positioniert sich heute, primär in technischen Berufen aber auch im Bereich Führung, als führender Weiterbildungsanbieter im Kanton Aargau. Die BSL und das WBZ tragen massgeblich zum schweizerischen dualen Bildungssystem bei. Das WBZ wird als Eigenwirtschaftsbetrieb nicht von öffentlichen Geldern finanziert, sondern muss den Betrieb selbst kostendeckend sicherstellen. Dank positiven Jahresergebnissen ermöglichen Rückstellungen eine weitere Entwicklung aus eigenen Mitteln. Es ist unumstritten, dass es Handlungsbedarf. Die Auslastung der Räumlichkeiten liegt zurzeit bei 98 %. Die Schulleitung der BSL hat sich mit der Weiterentwicklung des WBZ auseinandergesetzt und künftige Anforderungen an einen Erweiterungsbau definiert. Der Mischung aus Präsenz- und Fernunterricht, sowie auch modulare, flexible und funktionale Räume wird Rechnung getragen. Ein Teil vom Pflichtenheft ist auch eine ökologische und nachhaltige Bauweise mit ebensolchem Betrieb. Im Jahre 2018 ist eine Machbarkeitsstudie realisiert worden, welche die Erweiterung in zwei Etappen aufgezeigt hat. Die Vorlage, über welche wir heute befinden umfasst die erste Etappe mit dem sogenannten Perimeter West. Für das Projekt ist ein Landerwerb realisiert worden. Wegen dem Abbruch der Liegenschaft Steinbrüchliweg 57, ergibt sich eine Wertminderung von Fr. 450'000, welche durch die BSL Einwohnergemeinden abgegolten werden muss. Die Baukosten werden zurzeit auf ca. 14,5 Mio. Franken geschätzt und werden im Rahmen der Projektierung genauer ermittelt. Der Einwohnergemeinde entstehen keine Folgekosten und für den Nutzen des zur Verfügung gestellten Landes wird ein jährlicher Zins vereinbart. Der Eigenwirtschaftsbetrieb WBZ wird für die Baukosten und den Betrieb aufkommen. Da allerdings die Einwohnergemeinde die Trägerin der BSL ist, muss sie die notwendigen Kredite beschliessen. Bis im Herbst soll die Projektierung abgeschlossen werden. Die Inbetriebnahme des Erweiterungsbaus ist für den Winter 2025/2026 geplant. In der GPFK hat das Geschäft kaum Anlass zu Diskussionen gegeben. Dank dem guten und informativen Informationsanlass ist auf eine Teilnahme von Herr Thomas Müller (Co-Rektor) und Herr Tobias Widmer (Rektor) an der GPFK-Sitzung verzichtet worden. Zudem begrüssen wir vorgängige Absprachen mit der Nachbarschaft.

Die GPFK stimmt dem Antrag einstimmig zu. Die SP und die Grünen werden die Vorlage ebenfalls einstimmig gutheissen.

Manuel Silva (SVP): Bei diesem Bau geht es nicht nur um den Bau, sondern auch um die Zukunft unserer Handwerker und deren Ausbildung. Denn nur wenn Handwerker die Möglichkeit haben sich weiterzubilden, können die hohen Ansprüche an die Qualität und Garantien auch in Zukunft gewährt werden. Die Ausbildung ist ein wichtiger Pfeiler unserer Gesellschaft. Über das Projekt, einer Erweiterung des Weiterbildungszentrums, ist am 24. Februar in der Berufsschule Lenzburg sehr vorbildlich, informativ und transparent informiert worden. Das Projekt beinhaltet nicht zu viel, aber auch nicht zu wenig und wir sind der Meinung, dass es auch sehr gut zu den bestehenden Gebäuden passt. Das Projekt stimmt, wie vorgängig schon erwähnt, auch für die benachbarten Anwohner am Steinbrüchliweg. Lobenswert muss auch erwähnt werden, dass die Berufsschule Lenzburg die Anwohner zu diesem Projekt mit Informationen oder Einladungen miteinbezogen hat. Zur Finanzierung wurde schon viel gesagt. Die Einwohnergemeinde Lenzburg ist bei diesem Projekt trotzdem betroffen, nämlich als Trägerin der Berufsschule Lenzburg und als Bauherrin, weil die Berufsschule Lenzburg über keine eigene Rechtspersönlichkeit verfügt. Es wäre schön, wenn in Zukunft solche Projekte, welche dem Einwohnerrat vorgelegt werden, immer so transparent und vorbildlich präsentiert werden könnten. Die SVP-Fraktion wird dem Verpflichtungskredit einstimmig zustimmen.

Chantal Toker (GLP): Die GLP-Fraktion freut sich über die Aufwertung des Weiterbildungszentrums. Die Erwachsenenbildung ist für den Werkplatz Schweiz wichtiger denn je und hat grosses Entwicklungspotenzial. Wir freuen uns auch zu lesen, dass zwei Drittel der Kursteilnehmenden und Schülerinnen und Schüler die öffentlichen Verkehrsmittel benützen und sind beglückt über das gelungene Bauprojekt, welches auch eine gute Integration Richtung Wohnquartier/Steinbrüchliweg bildet, inklusive Sichtachse zum Schloss. Das WBZ hat sich zur Vision gesetzt, der führende Weiterbildungsanbieter im Kanton Aargau im gewerblich/industriellen Umfeld zu sein. Ein Kompetenzzentrum für Automation, Robotik und neue Technologien. Das lässt mich sofort an die Industrie 4.0 und an dessen Herausforderungen im Bildungssystem denken. Eine Studie der ICT Berufsbildung Schweiz prognostiziert einen Mangel an 35'800 ICT Fachkräften im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie im Jahr 2028. Auch die Leistungselektronik wird immer mehr an Bedeutung gewinnen, um unter anderem die alternativen Energiequellen wie Wind und Solar zu betreiben und um Elektroautos zu betreiben mit deren Ladestationen. Da ich selber in diesem beruflichen Umfeld tätig bin, möchte ich als Anregung noch die Möglichkeiten von engen Kooperationen mit industriellen Betrieben und Fachhochschulen zu prüfen oder zu vertiefen auf den Weg geben, um Praxisnahe und innovative Ausbildungen anbieten zu können. Um die kommende Fachkräftelücke zu schliessen und um der Vision, des führenden Weiterbildungsanbieters im Kanton Aargau im gewerblich-industriellen Umfeld zu sein, gerecht zu werden. Die GLP-Fraktion wird diesem Antrag selbstverständlich mit Freude zustimmen.

Heiner Cueni (FDP): Die Berufsschule hat für das Weiterbildungszentrum eine ehrgeizige Vision. So wie Visionen eigentlich sein sollen – eben ehrgeizig. Es existiert auch ein Masterplan für die weitere Entwicklung. Man versucht, entsprechend der Vision, die Bedürfnisse der Ausbildung in der Zukunft zu erkennen und definiert verschiedene Formen von zukünftigen Aus- und Weiterbildungen. Wirklich vorbildlich. Aus Platzgründen braucht das WBZ neue Räumlichkeiten. Die neuen Ausbildungsformen definieren auch die Ansprüche an die geplanten Gebäude. BSL und WBZ sind Juwelen im Ausbildungsangebot des Kantons. Und wenn das Juwel Erweiterungspläne hat und diese so fundiert präsentiert sind, kann diesem Projekt nur positiv begegnet werden. Wir alle kennen die Problematik des Fachkräftemangels. Die Vorredner haben es bereits erwähnt. Setzen wir also hier in Lenzburg ein Ausrufezeichen für die erkannte Problematik und akzeptieren den Kredit für die Projektierung. Generell müssen wir uns hier, zusammen mit der Berufsschule und dem Weiterbildungszentrum, zu mehr Anerkennung verhelfen. Was bringen uns 1000 Top Architekten, wenn wir nur noch 10 Schreiner haben, welche diese Projekte ausführen können. Die FDP steht geschlossen hinter diesem Projekt.

Christina Bachmann (die Mitte): Ich rede für die Mitte und die EVP-Fraktion, welche heute ein wenig reduziert ist. Wir stehen geschlossen hinter dieser Vorlage und sind erfreut über diese Erweiterung. Wir finden die Pläne und Bilder, welche uns gezeigt worden sind, hervorragend. Speziell der Multifunktionsraum hat uns speziell gefallen. Wir haben noch eine Anregung zum Architektur-Wettbewerb. Wie wir sehen, ist das Resultat super. Wir haben uns gefragt, ob es allenfalls die Möglichkeit gibt, in der Jury auch Studierende oder Lehrpersonen einzuladen. Einfach, dass man darauf achtet, dass die Jury ausgeglichen ist. Die Jury bestand aus Architekten und Präsidenten. Und da denken wir, könnten wir noch etwas herausholen, wenn man Personen, welche die Gebäude auch nutzen miteinbezieht. Wir stehen geschlossen hinter diesem Bau und werden den Verpflichtungskredit annehmen.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Danke, Christina Bachmann. Wird das weiter Wort gewünscht? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Antrag

Der Einwohnerrat möge für die Projektierung der Erweiterung des Weiterbildungszentrums der Berufsschule Lenzburg einen Verpflichtungskredit zu Lasten des Eigenwirtschaftsbetriebs Weiterbildungszentrum der Berufsschule Lenzburg von Fr. 1'120'000 inkl. MwSt. bewilligen.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 26. Januar 2022 wird

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit (Projektierungskredit) von Fr. 1'120'000 inkl. MwSt., für die Erweiterung des Weiterbildungszentrums (wbz) einstimmig.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 19. April 2022 ab.

5 Dragonerstrasse West, Strassensanierung 2. Etappe, Abschnitt Haus Nr. 37 bis Fünflindenstrasse; Verpflichtungskredit

Sprecher der GPFK ist Rudolf Baumann (SVP): Wir stimmen heute über die Vorlage 22/03 Sanierung Dragonerstrasse, ein Teilstück von ca. 120 Meter, ab. Der Kredit, welcher wir bewilligen müssen, beträgt Fr. 119'000. Diese Etappe geht von Haus-Nr.37 bis zur Kreuzung Fünflindenstrasse. Die Sanierungsetappe wird wiederum ausgelöst, weil die SWL Werkleitungen abändern oder erneuern muss. Von Seiten der Stadt wird der Belag erneuert, die Randabschlüsse werden neu gemacht. Ebenfalls werden die Einlaufschächte erneuert und mit neuen Klapprosten versehen. Nach Möglichkeit will man die Randsteine so weit wie möglich weiterverwenden. Gegen diese Kreditvorgabe hat es bei der GPFK keine Einwände gegeben. Es hat dann aber in der GPFK noch verschiedene Fragen gegeben. Unter anderem, ob es für den Schwerverkehr Beschränkungen oder ähnliches gibt. Und wenn man die Strassenlampen auswechselt, ob der Lichtkegel wieder 360 Grad ist oder, wie gewisse Leute sich gewünscht haben, dass die Lampen gegen die Gärten abgedeckt werden. Meine Abklärungen mit der Abteilung Tiefbau haben ergeben, dass klar gesagt wurde, dass es für den Schwerverkehr keine Einschränkungen gibt. Es bleibt so wie es ist. Es kommt jetzt eine Anmerkung von einem Lastwagenfahrer, und ich muss euch ehrlich sagen, dass heute kein Chauffeur freiwillig in ein solches Quartier hineinfährt. Das ist ein müssen und nicht mehr ein dürfen. Entweder er hat einen Auftrag oder das Navi hat einen Fehler gemacht. Das ist heute die Realität. Bei den Strassenlampen ist die Situation so, dass, solange niemand reklamiert, der Lichtkegel bei 360 Grad bleibt. Denn es ist so, dass die einen Bürger froh sind, dass es mehr Licht auf den Strassen gibt, und andere stören sich daran, weil es ins Zimmer leuchtet. Wenn sich also jemand geblendet fühlt, kann er oder sie dies beim Stadtbauamt melden, damit dann die Situation begutachtet und eventuell neu beurteilt werden kann. Ganz nach dem Motto

«aller Leute Recht getan, ist eine Kunst die niemand kann». Die GPFK ist einstimmig für diese Vorlage wie auch die Fraktion der SVP.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Danke, Rudolf Baumann. Wird das Wort gewünscht? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Antrag

Der Einwohnerrat möge der Sanierung Dragonerstrasse West 2. Etappe Abschnitt Haus Nr. 37 bis Fünflindenstrasse zustimmen und für die Ausführung des Vorhabens einen Verpflichtungskredit von Fr. 134'000, zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten, bewilligen.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 19. Januar 2022 wird

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von Fr. 134'000, zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten, einstimmig.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 19. April 2022 ab.

6 Wylgasse; Sanierung Abschnitt Friedweg bis Wilstrasse; Kreditabrechnung

Sprecherin der GPFK ist Anja Kroll (Grüne): An der Sitzung vom 3. Dezember 2020 wurde für die Sanierung der Wylgasse, Abschnitt Friedweg bis Wilstrasse, ein Kredit über Fr. 325'000 bewilligt. Die Beauftragung erfolgte im April 2021, die Umsetzung von Ende Mai bis Ende August 2021. Das Bauprojekt wurde laut Kreditabrechnung mit Fr. 207'000 deutlich unter Budget abgeschlossen. Franck Robin und ich prüften die Kreditabrechnung und die dazugehörigen Belege im Februar 2022. Die Unterlagen und Belege waren vollständig, nachvollziehbar und richtig gebucht. Der gewichtigste Posten für die Unterschreitung sind die

Baumeisterarbeiten, welche nur 64 % des budgetierten Betrags benötigten. Von verschiedenen Seiten wurde bestätigt, dass Preisprognosen im Strassenbau heutzutage sehr schwierig sind. Für die Kalkulation im Kreditantrag ist das Tiefbauamt jeweils bemüht, die aktuellen Erfahrungen aus Ausschreibungen miteinzubeziehen und die Preisentwicklung am Markt einfließen zu lassen, was insgesamt zwar zu besseren Prognosen führt, doch Überraschungen nicht ausschliesst, in beide Richtungen. Prozentual die grösste Unterschreitung findet sich in der Position Signalisation und Markierung. Noch nicht einmal 10 % des budgetierten Betrags wurden hier benötigt. Zwei Umstände fallen hier ins Gewicht. 4 Absperrpfosten waren ursprünglich vorgesehen, erwiesen sich aber als nicht nötig. Dies auch ohne Sicherheitseinbussen, da die breite Pflasterung im Kreuzungsbereich, die Begrenzung des überfahrbaren Gehsteigs, sowie ein gelbes Gehweg-Symbol von den Verkehrsteilnehmern offensichtlich gut beachtet und verstanden werden. Wovon ich mich auch vor Ort überzeugen konnte. Und zweitens die gelbe Markierung konnte im Rahmen der jährlichen, routinemässigen Erneuerungen der Signalisation durchgeführt werden, sodass keine Anfahrtkosten von Lieferanten anfielen. Wir bedanken uns bei der Abteilung Tiefbau für die gute Arbeit und bei der Abteilung Finanzen für die gute Dokumentierung. Die GPFK stimmt dem Antrag einstimmig zu, wie auch die Fraktionen der SP und der Grünen Partei.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Danke, Anja Kroll. Wird das Wort gewünscht? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Antrag

Der Einwohnerrat möge die Kreditabrechnung für die Sanierung der Wylgasse, Abschnitt Friedweg bis Wilstrasse, schliessend mit Aufwendungen von brutto Fr. 207'219.60, genehmigen.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 19. Januar 2022 wird

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung Wylgasse; Sanierung Abschnitt Friedweg bis Wilstrasse, von brutto Fr. 207'219.60, einstimmig.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 19. April 2022 ab.

7 Postulat CO2 neutral bis 2030, Überweisung

Adrian Höhn (GLP): Lenzburg CO2 neutral bis 2030, unter diesem Motto haben wir Postulanten im letzten Jahr dem Einwohnerrat unsere Forderung eingereicht. Die Stadt Lenzburg soll als gutes Beispiel vorangehen und die Infrastruktur und Verwaltung ab dem Jahr 2030, CO2-neutral betreiben. Dies soll in erster Linie über Einsparungen durch energetische Sanierungen, Vermeidung von unnötigem Ausstoss und der Rest über Kompensation erfolgen. Damit der Rat unser Postulat, mit dem auch noch auf dem Traktandum stehenden "Prüfung zielführender Massnahmen zur Lenzburger Klimaneutralität" vergleichen kann, möchten wir an dieser Stelle die gleiche Definition als Ergänzung und Klarstellung unserer Forderung protokollieren lassen. Die Definition des Begriffs "Stadt Lenzburg". Die Stadt Lenzburg wird definiert, als die Stadtverwaltung mit sämtlichen städtischen und operativen Aufgaben, inklusiv jährlichem Materialverbrauch, Unterhalt und Betrieb des Wagenparks sowie die Energieeffizienz der stadteigenen Immobilien. Somit hat der Rat heute die Option darüber abzustimmen, ob er dem Stadtrat lieber ein Ziel definiert, welches es zu erreichen gibt, wie in unserem Postulat gefordert oder ob er lediglich eine Forderung zur Prüfung von Massnahmen, als Postulat überweisen will. Wir sind der Meinung, dass die Analyse und Erhebung der Massnahmen bereits seit dem Jahr 2014 gemacht sind. Seit diesem Jahr sind wir nämlich eine Energiestadt. In wiederkehrenden Reaudits werden alle relevanten Daten zum Energieverbrauch und somit auch zum CO2-Ausstoss von der Verwaltung und den Bürgerinnen und den Bürgern von Lenzburg erhoben und extern ausgewertet. Diese Auswertung bildet die Grundlage für die Rezertifizierung. Mit dieser verbessern wir uns stetig, wie wir uns zum Beispiel in der Kommunikation verbessern und es neuerdings auch eine IG Klimazukunft gibt. In den effektiv wichtigen Themen wie der Verminderung vom CO2-Ausstoss kommen wir aber nur langsam weiter. Aus dieser Auswertung werden wiederum Massnahmen in den Kategorien Entwicklung und Raumordnung, kommunale Gebäude und Anlagen, Versorgung und Entsorgung, Mobilität, interne Organisation, Kommunikation und Kooperation abgeleitet. Diese werden von der Verwaltung auch in Angriff genommen. Die Energiestadtverantwortliche prüft und setzt die erhobenen Massnahmen mit der einzelnen Abteilung um. Eure Parteivertreter in der Energiekommission haben euch darüber sicher schon in Kenntnis gesetzt. Zudem wird der Klimabericht von der IG-Klimazukunft die analytische Ausgangslage noch weiter verbessern, indem sie weitere Schwerpunkte zum Klimawandel beisteuert und analysiert. Wo die Stadtverwaltung bei den erneuerbaren Energien keine ambitionierten Gesamtziele setzt, und somit die Stadt und die Stadtverwaltung erst im Jahre 2050 eine 100 % erneuerbare Energie erreichen will. Das gleiche Zieljahr gilt auch bei den erneuerbaren Energien, welche bei der Mobilität der Stadtverwaltung verwendet werden. Unserer Ansicht nach ist das Ziel 2050 eindeutig zu spät. Es stösst alle Bürger vor den Kopf, welche sich schon heute weit vorbildlicher verhalten als die Stadtverwaltung. Und sich zurecht fragen, ob die Stadt nicht als Vorbild dient, so wie sie sich selbst beim Energieleitbild definiert. Darum haben wir als Postulanten dieses Postulat eingereicht. Damit die Gemeinde Lenzburg für seine Bürger ein Vorbild ist, und die nun seit 8 Jahren bekannten

Massnahmen endlich zeitnah in Angriff nimmt. Hinter dieser Forderung, und mit der jetzt klargestellten Definition der Stadt Lenzburg steht, dass es jetzt um den Betrieb geht. Um die Gemeindeinfrastruktur und die Gemeindeverwaltung, um Eigentum, welches unter der Kontrolle von der Gemeinde Lenzburg ist, nicht aber um Neu-Erstellungen und den Unterhalt. Es geht auch nicht um die Infrastruktur der Einwohner von Lenzburg. Diese müssen sich an die Auflagen des Energiegesetzes halten, welches ein kantonales Gesetz ist und auf dieser Ebene eingefordert werden kann. Die Postulanten stellen also bei weitem nicht eine maximale Forderung, sondern eine realistische Forderung gegenüber der Stadt. In den nächsten 8 Jahren auf 100 % erneuerbare Energie umzusteigen, erachten wir mit der in Planung befindlichen Umstellung, vom Altstadt Wärmenetz auf Holzschnitzel und der geplanten Erweiterung von diesem Netz zum Bahnhof-Süd als durchführbar. Durch dies wird ein Grossteil der städtischen Gebäude mit erneuerbarer Wärme versorgt. Auch die Repol kann ans neue Fernwärmenetz angeschlossen werden, welche vom Bezirksgericht in die Marktmatten, von der SWL gebaut wird. Weitere Dependenzen können mit erneuerbarem Biogas betrieben werden, welches zum Beispiel von der SWL in der Kläranlage in Wildegg erzeugt wird. Wir haben also alle Optionen auf dem Tisch. Im Bereich elektrischer Energie erfüllen wir als Stadt die Forderungen bereits heute, da der Lenzburger Standardstrom mindestens mit Wasserkraft erzeugt wird. Mit eigenen Solaranlagen verbessern wir den Mix zudem Richtung Solarkraft. Was ist aber mit den Gebäuden, welche der Stadt gehören, aber keine direkte Verwendung haben? Zum Beispiel die Villa Langenbach. Falls die Stadt diese Gebäude über das Jahr 2030 hinaus in ihrem Besitz behalten will, fallen diese Gebäude auch unter diese Forderung, welche aber auch wieder mit der Minimallösung von 100 % Biogas absolut erfüllbar sind. Weiter wird gefordert, dass der Betrieb der Verwaltung bis zum Jahre 2030 zu 100 % CO₂-neutral sein soll. Diese Forderung bezieht sich auf den Betrieb notwendiger Beschaffungen, lässt aber, wenn nicht anders möglich, die Option offen, dieses CO₂ notfalls zu kompensieren. Es sollen wo immer möglich, bereits heute, CO₂-neutral erzeugte oder kompensierte Produkte beschafft werden. Eine Forderung, welche sich mittels Fremd- und Eigenkompensation schon heute umsetzen lassen würde. Neu- und Ersatzbeschaffung von motorisierten Hilfsmitteln ist im Übrigen so auszurichten, dass diese CO₂-neutral betrieben werden können. Ein Auto wird durchschnittlich alle 12 Jahre ersetzt. Ein Ersatz bietet immer die Option auf einen CO₂-freien Betrieb umzustellen. Sei dies Strom, Biogas, Wasserstoff oder was die Zukunft noch bringt. Die Ersatzplanung soll aber so früh wie möglich erfolgen, damit funktionierende Hilfsmittel nicht vorzeitig ersetzt werden müssen. Es braucht ein Zeitfenster von 8 Jahren, um die Investitionen zu staffeln. Sollte es aber trotzdem nicht möglich sein bis ins Jahr 2030 alle Fahrzeuge CO₂-frei zu betreiben, weil es noch keine Alternativen gibt, oder weil der Lebenszyklus noch nicht erreicht ist, sollen die verbleibenden Emissionen kompensiert werden. Zur Frage, wo und wie das CO₂-kompensiert werden soll, haben wir keine expliziten Forderungen gestellt. Der Stadtrat hat es schon selber im Energieleitbild definiert, nämlich lokal. Warum haben wir nicht den Unterhalt und die Erstellung miteingeschlossen? Bei einer Gebäudeerstellung wird ein sehr grosser Anteil an CO₂ erzeugt, das ist uns auch bewusst. Wir sind aber der Ansicht, dass dies in den konkreten Bauprojekten beachtet werden soll, um so individuelle und aufs Bauprojekt

zugeschnittene Lösungen gefunden werden können. Bei gewissen Bauprojekten hätte die Forderung unweigerlich auch Fragen aufgeworfen. Wie zum Beispiel einer CO₂-freien Erstellung einer Strasse. Nach heutigem Stand der Technik, kann zwar eine Verminderung des CO₂-Ausstosses mit der Wahl der Materialien erreicht werden, es verbleibt aber ein grosser Teil, welcher kompensiert werden muss. Und den Verzicht auf Strassenbau ist wahrscheinlich kaum ein Wunsch, welcher der Ratsmehrheit entsprechen würde. Also um realistisch zu bleiben, haben wir die Forderung nach Erstellung und Unterhalt bewusst ausgeklammert. Dies auch mit dem Hintergrund, dass der Rat eine mehrheitsfähige Lösung überweisen kann, um somit einen wichtigen, aber nicht letzten Schritt, in Richtung CO₂-neutrale Stadt Lenzburg zu machen. In diesem Sinn bitte ich euch, diese Forderung zu unterstützen und das Postulat zu überweisen. Wie der Stadtrat die Forderung umsetzt, ist ihm überlassen. Er kann das Postulat annehmen oder was uns natürlich viel lieber wäre, die Forderung als Legislaturziel aufnehmen und so selber in die Verantwortung treten. Damit aber eine allfällige Beantwortung des Postulats auch zielführende Antworten hat, haben wir uns erlaubt, ein paar Zusatzfragen hinzuzufügen. Gewisse Fragen und die Antworten dazu, behaupten wir, können erst umfassend beantwortet werden, wenn die Forderung in Angriff genommen wird. Ihr mögt also die eher unübliche Form entschuldigen. Der Titel ist sicher unglücklich gewählt und hätte wohl besser "mit dem Postulat zu beantwortende Fragen" gelautet. Fragen welche es zu beantworten gilt, sind die Folgenden:

Wie kann die Stadt Lenzburg die CO₂-Neutralität bis ins Jahre 2030 erreichen? Wir wissen, dass wir diese Massnahmen haben, aber es braucht dafür einen Plan. Alle Massnahmen nützen nichts, wenn wir sie nicht in Angriff nehmen.

Wäre der Stadtrat bereit, ein entsprechendes Konzept zur Erreichung der CO₂-Neutralität auszuarbeiten? Auch dies ist eine grundsätzliche Frage. Fahren wir weiter mit den Massnahmen, welche wir im Energiestadtplan haben oder machen wir ein Gesamtkonzept, welches sagt bis wann was umgesetzt sein muss.

Welche energetischen Sanierungen sind bei welchen Gebäuden noch ausstehend? Diese Frage hat auch den Hintergrund, dass das letzte Legislaturziel von der Immobilienstrategie uns leider noch immer nicht präsentiert worden ist. Bei gewissen Gebäuden, welche nicht unbedingt für Verwaltungszwecke gebraucht werden, wissen wir nicht ob diese für immer und ewig behalten werden sollen. Haben wir einen Nutzen davon, oder verkaufen wir diese vor dem Jahr 2030. Dies soll beantwortet werden. Und am Schluss natürlich die Frage, welche abhängig vom ganzen Konzept und der Umsetzung ist.

Wieviel CO₂ müsste trotz den Sanierungsmassnahmen noch kompensiert werden? Dies hat auch mit dem Zeitplan zu tun und dementsprechend behaupten wir, kann dies erst beantwortet werden, wenn es in Angriff genommen wird. Ich danke für eure Aufmerksamkeit und der Unterstützung von unserem Anliegen, im Betrieb von unserer Verwaltung und Infrastruktur ab dem Jahr 2030 CO₂-Neutralität zu erreichen.

Regula Züger (Grüne): Wir von den Grünen unterstützen zu 100 % das Postulat von der GLP. Wir wissen, dass es aus formellen Gründen angreifbar ist, aber in den wenigen Jahren, welche ich nun bei diesem Rat dabei bin, hat es schon mehrere Motionen oder Postulate gegeben, welche formhalber nicht genau dem entsprochen haben, wie es in der Reinform gewünscht ist. Wir möchten einfach auch sagen, was Adrian gerade gesagt hat. Der Sinn ist klar, die Richtung ist gegeben und wir würden das Postulat unterstützen. Egal in welcher Form, hoffen aber natürlich, dass die Stadt dies bei den Legislaturzielen berücksichtigen wird, wie auch immer diese Abstimmung jetzt herauskommt. Aber in der Stossrichtung geht es genau in die richtige Richtung. Wir von den Grünen können nicht anders, als dies zu unterstützen.

Brigitte Vogel (SVP): Auf dem politischen Parket ist der Begriff CO₂-Neutralität absolut trendig. Tönt gut aber weil es so oft verwendet wird heisst es noch lange nicht, dass es besser wird. Sobald wir nämlich diesen Begriff erklären müssten, geraten wir ins Stottern und suchen händeringend nach Erklärungen. Wenn mir jemand hier den Begriff CO₂-neutral erklären kann, bin ich gerne bereit zusammen zu sitzen und immer wieder etwas zu lernen. Ich habe bei Frau Sommaruga eine Anfrage gestellt, dass sie mir CO₂-Neutralität erklären kann. Ich bin auf die Antwort gespannt. Wenn wir nämlich mit unserem Wohlstand CO₂-neutral sein wollen, dann bekommen wir definitiv ein Problem. Und wenn wir es nur mit Kompensationen aus dem Ausland machen, um unser Gewissen zu beruhigen, dann ist es definitiv auch nicht sinnvoll. Wir könnten natürlich die gesamte Produktion, inklusive Fleischproduktion auslagern, und könnten so auf den CO₂-Ausstoss massiv Einfluss nehmen. CO₂-neutral bedeutet nicht nur e-Mobilität und den Einsatz von Wärmepumpen. Sobald wir auch die vorgelagerten, indirekten Emissionen ebenfalls ehrlich berücksichtigen, ist es nicht mehr ganz so einfach. Wenn wir effektiv CO₂-neutral sein wollen, hätten wir als Tannen auf die Welt kommen sollen. Auch ich will eine Reduktion von unserem CO₂-Ausstoss. Aber eine ehrliche und das geht definitiv nur mit Verzicht und nicht durch Kompensationen wie es immer angedacht ist. Denn das ist bis ins Jahr 2030 definitiv nicht möglich, dass wir CO₂-neutral werden können ohne relativ grosse Kompensationen tätigen zu müssen. Auch wenn wir den Begriff CO₂-neutral nicht erklären können, sind wir trotzdem aufgefordert die nötigen Schritte einzuleiten, und bei jeder Gelegenheit die richtigen Zeichen zu setzen, auch wenn dies manchmal schmerzhaft ist. Die SVP-Fraktion möchte dieses Postulat nicht überweisen.

Christoph Nyfeler (FDP): Danke Adrian, dass du sehr ausführlich erklärt hast, um was es bei diesem Postulat geht. Danke sagen möchte ich aber auch der Aargauer Zeitung, welche es erst ermöglichte, dass ein solches Postulat am Morgen vor der Einwohnerratssitzung am 28. Oktober eingereicht worden ist. Leider ist das Postulat sehr eng in der Zeit, der Artikel wurde in der Aargauer Zeitung am 28. Oktober um 08:45 publiziert. Die SP-Präsidentin und der GLP-Präsident vom Kanton Aargau haben dann auf Twitter darauf reagiert. Wir haben ein Postulat geschrieben und verschickt, und haben uns gewünscht, dass es korrekt formuliert, mit einer klaren Definition an den Stadtrat überwiesen und von allen Parteien getragen wird. Leider ist dies nicht der Fall. Und formell nicht korrekt. Wir haben schon einige Male eine Motion oder ein

Postulat überwiesen, wo uns Christoph Hofstetter dankbarerweise darauf aufmerksam gemacht hat, dass wir doch vorgängig mit ihm Rücksprache nehmen sollen. Viel wichtiger, am 10. März 2021, also genau vor 365 Tagen, sind wir hier gestanden und haben mit grosser Mehrheit eine dringliche Motion überwiesen, wo sämtliche Parteien zu 100 %, oder teilweise dahintergestanden sind, um eine IG-Klimazukunft zu gründen. Wir haben einen Versuch unternommen, die Wirtschaft zu motivieren an diesem Strang mitzuziehen. Nicht nur politisch motiviert, sondern alle zusammen, weil wir davon überzeugt sind, dass die Wirtschaft, die Bevölkerung von Lenzburg, der Stadtrat und der Einwohnerrat alle am gleichen Strang ziehen müssen. Aber logisch ist nach dem Wahlkampf auch vor dem Wahlkampf. Wie erreichen wir das Klimaziel 2050. Ich spreche aus eigener Erfahrung. In der Schweiz sind wir sehr gut mit fordern, beraten, analysieren und am Schluss bleibt leider kein Geld mehr für die Umsetzung. Es wurde alles schon ausgegeben. Ich würde mir wünschen, dass wir es lieber umsetzen, dass wir nicht beraten, dass wir nicht mehr diskutieren, sondern dass wir es machen. Ich glaube, dass ist das schlagende Wort hier. Wir haben die Voraussetzungen, wir wissen was wir machen müssen, wir können aus Biomasse Energie gewinnen. Wir können es noch viel grösser erweitern. Wir können über eine Pyrolyse Pflanzenkohle machen und somit CO2-reduzieren. Wir können aus der Luft aktiv CO2-herausfiltern. Wir können verzichten. Ob wir im Winter zuhause nur noch 18 Grad haben oder 24 Grad, ist jedem selbst überlassen. Es gibt, wie wir heute Abend sehen, zwei Seiten wie wir das Problem angehen. Die eine Seite ist ideologisch - nicht zusammen. Die andere Seite ist miteinander, zusammen mit der Wirtschaft, mit der Bevölkerung, mit dem Einwohnerrat und demokratisch. So erreichen wir das was wir uns vorstellen. Die FDP wird aufgrund der fehlenden Korrektheit, der fehlenden Konkretisierungen – die Konkretisierungen haben wir erst heute und leider nicht vorgängig gehört – das Postulat der GLP ablehnen und an unserem festhalten.

Christina Bachmann-Roth (die Mitte): Das Anliegen der CO2-Neutralität ist ein wichtiges und ein gutes. Die CVP und die Mitte-Fraktion teilen dieses Anliegen. Es wäre ja auch ein falsches Signal, wenn wir das hier im Rat ablehnen würden. Und doch gibt es Gründe, welche dafürsprechen, dieses abzulehnen. Wir haben es schon mehrfach gehört, es ist grob und ungenau. Es wirkt, wie es im Wahlkampf entstanden wäre und das ist es auch. Es hat Vor- und Nachteile, dass es grob ist. Das Postulat ist sehr einseitig auf die CO2-Neutralität fokussiert. Möglicherweise werden aber andere Ziele vernachlässigt und ist in Bezug der CO2-Neutralität zu ambitioniert. Es kann sein, dass wir andere Ziele und Massnahmen brauchen, welche wichtig sind um die Bevölkerung mitzunehmen und auch um die Bevölkerung vor den klimatischen Auswirkungen, welche so oder so auf uns zukommen zu schützen. CO2-neutral zu sein entspricht nicht mehr dem höchsten Ziel, dies gilt es zu beachten. Es geht um Verzicht, es geht um den Schutz für die Bevölkerung. Die CO2-Neutralität bis ins Jahr 2030 wird wahrscheinlich nur über Kompensationen möglich sein. Und da machen wir uns etwas vor, das ist nicht ehrlich. Eine Beruhigung unseres Gewissens. Warum setzen wir uns nicht einfach ein realistisches Ziel mit einem längeren Horizont. Wo wir abwägen können, welches der richtige Weg ist und welche Ziele wir in welcher Reihenfolge erreichen wollen. Warum müssen wir

heute über das Postulat abstimmen. Mit der Gründung der IG im März 2020 haben wir alle gesagt, dass wir ein Commitment für die CO2-Neutralität für die Stadt Lenzburg haben. Ein Teilziel ist wortwörtlich: Die Begleitung des Prozesses zur Klimaneutralität der Stadt Lenzburg. Ich bin die Co-Präsidentin dieses Vereins und das ist unser Ziel. Wir arbeiten daran. Im Vorstand sind alle 7 Parteien, die Verwaltung und die Stadt vertreten, welche uns auch finanziell unterstützt. Wir machen das zusammen und werden es auch erreichen. Warum also brauchen wir dieses Postulat, welches uns einseitig einen ambitionierten Zeithorizont gibt. Wir möchten beantragen, wie es auch die IG Klimazukunft im Voraus an den Stadtrat schriftlich beantragt hat, dass der Stadtrat das Anliegen des Postulats auf- und annimmt. Falls möglich ein Legislaturziel daraus macht und um uns hier im Rat diese Abstimmung über das Postulat, mit groben Fehlern und einer gewissen Ungenauigkeit (unter einer Redundanz, weil wir darüber im Rahmen der IG Klimazukunft schon einmal abgestimmt haben), zu ersparen. Ich danke euch für die Aufmerksamkeit.

Daniel Mosimann (Stadtammann): Liebe Christina, danke vielmals für den Ball, welcher du hier elegant dem Stadtrat zugespielt hast. Du hast es gesagt, man kann ja fast nicht dagegen sein. Das ist auch im Stadtrat so. Wir haben über das Postulat ebenfalls diskutiert und es war ein bewusster Entscheid, dieses Postulat hier in den Rat zu bringen und zu traktandieren, damit eine Diskussion, wie sie jetzt stattgefunden hat, möglich war. Es ist auch für den Stadtrat wichtig, die Resonanz vom Einwohnerrat zu haben. Eine kurze Perspektive. Wir sind am Anfang der Legislaturperiode mit einem neu zusammengesetzten Stadtrat. Wir werden im Verlauf vom März, unter anderem auch an einer Klausur-Tagung mit dem Stadtrat, die Legislaturziele erarbeiten. Man hat schon letztes Jahr gesehen, dass die Klimaneutralität, die CO2-Neutralität, ein Thema mit verschiedenen Facetten ist, welche es zu beachten gibt. Es ist für den Stadtrat wichtig, und so wird diese Thematik in irgendeiner Form in die Diskussion der Legislaturziele einfließen. Es war ein bewusster Entscheid des abtretenden Stadtrats, dass man das energiepolitische Programm noch nicht endgültig verabschiedet hat und vom abtretenden Stadtrat erst andiskutiert wurde. Es war damals also ein bewusster Entscheid, dass man dies mit dem neuen Stadtrat, welcher mit diesem energiepolitischen Programm in die Zukunft gehen muss, definitiv verabschieden will. Mit der IG-Klimazukunft Lenzburg, wo alle Vertreter der Parteien dabei sind, welche von der Stadt auch finanziell unterstützt werden, soll die Zusammenarbeit gefördert werden. Damit man anpacken kann, um dann konkrete Massnahmen einzuleiten und umzusetzen. Wir haben jetzt 3 Vorstösse zum gleichen Thema. Aus der Sicht des Stadtrats ist es verständlich und natürlich wäre es am schönsten, wenn alles aus einer Hand, von der IG-Klimazukunft Lenzburg kommen würde. Warten wir doch auf die nächste Einwohnerratssitzung, wo der Stadtrat dann die Gelegenheit wahrnehmen kann, um die Legislaturziele vorzustellen! Dadurch würde ein politischer Dialog entstehen, wo der Einwohnerrat in die Zielsetzung eingreifen oder sie korrigieren könnte, sollte der Stadtrat dies anders gesehen haben. So haben wir einen Austausch und können den Weg gemeinsam machen. Dies wäre das Anliegen des Stadtrats. Und damit habe ich das ganz elegant umschiffen was heissen würde, dass man weder eine Überweisung macht, noch

diese als dringlich erklärt. Sondern dem Stadtrat die Gelegenheit gibt, diese Legislaturziele zu formulieren und so in den Austausch kommt.

Regula Züger (Grüne): Geschätzter Daniel Mosimann, es ist nur eine Rückfrage, ob ich es richtig verstanden habe. Wir reden jetzt vom GLP-Postulat, welches weder dringlich ist, sondern letztes Jahr schon eingereicht wurde. Betrifft dies nun auch das FDP-Postulat? Nur einfach zur Klärung?

Daniel Mosimann (Stadtammann): Die Debatte wird ja weitergeführt. Meine Bitte und von Seite des Stadtrats ist, dass man das Postulat von der GLP nicht überweist und das andere nicht als dringlich erklärt, sodass wir an der nächsten Sitzung im Mai klar Schiff machen könnten, um auch mit der IG-Klima auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen.

Adrian Höhn (GLP): Nachdem der Stadtrat schon eine gewisse Bereitschaft gezeigt hat ein Legislaturziel auszuarbeiten, möchten wir keine Abstimmung provozieren, welche Fakten schafft, bevor wir wissen was der Stadtrat machen will. Darum stellen wir den Ordnungsantrag, unser Traktandum auf die nächste Sitzung, nach der Bekanntgabe der Legislaturziele, zu verschieben. Wir fordern den Stadtrat aber auf, zur Verbesserung des Wissens im Einwohnerrat, die Ergebnisse vom Energiestadt Reaudit hier im Rat vorzustellen. Mindestens in einem Umfang eines Managements summery. Zudem sollen die bereits umgesetzten, CO2-relevanten Massnahmen aufgezeigt werden und warum sich gewisse, weitere relevante Massnahmen, in der Umsetzung verzögern. Es war der Wunsch der Energie-Kommission, dass dies gemacht wird. Aber unter dem alten Stadtrat war dies nicht möglich. Wir hoffen, dass der Neue dafür offener ist. Zudem fordern wir die GPFK auf, die Umsetzung der bereits in Gang gesetzten Massnahmen bei der aktuellen Prüfung auch zu prüfen. Die Energiestadtverantwortliche der Stadt Lenzburg soll dazu als Vorarbeit, eine Aufschlüsselung dieser Massnahmen nach Prüfgruppen und Abteilung liefern. Auch mit dem Vermerk, welche Massnahme seit wann bekannt ist und welche bereits angegangen wurde. Das vereinfacht die Arbeit der GPFK, damit wir in diesem Prüfprozess sehen können, ob es nur Massnahmen sind oder ob auch etwas gemacht wurde. Das so als Vorarbeit, als Auftrag an den Stadtrat.

Daniel Mosimann (Stadtammann): Betreffend Audit Energiestadt noch eine Ergänzung. Ich bin der Meinung, dass man dies gut bekannt machen kann. Allerdings haben wir den abschliessenden Bericht noch nicht. Wir wissen, dass wir gut abgeschlossen haben. Das darf ich hier schon mal sagen. Und dann bin ich auch der Meinung «Tue Gutes und sprich darüber». In diesem Sinn schauen wir, wo wir gut sind und wo es noch Handlungsbedarf gibt.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Danke, Anja Kroll. Wird das Wort gewünscht? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Antrag

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Wer einverstanden ist, diese Debatte, welche wir heute angefangen haben, nicht mit einer Abstimmung abzuschliessen, sondern das Traktandum auf eine zukünftige Sitzung zu vertagen, nach Bekanntgabe der Legislaturziele, bezeuge dies mit Aufstehen.

Abstimmung

Gestützt auf das Postulat vom 28. Oktober 2021 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Das Postulat auf die nächste Einwohnerratssitzung vom 5. Mai 2022 zu verschieben.

Dieser Beschluss ist formeller Natur und unterliegt nicht dem fakultativen Referendum.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Dann stellt sich die Frage zum Postulat der FDP, SVP, EVP und die Mitte, wo das Thema die Dringlichkeitserklärung ist. Will man diese Debatte führen oder kann man dies unter dieser Ausgangslage als normales Postulat entgegennehmen.

Christoph Nyfelner (FDP): Wir verzichten auf die Dringlichkeit und würden das Postulat normal überweisen.

8 Umfrage

Dank

Daniel Mosimann (Stadtammann): Zuerst möchte ich als Mitglied vom Schulvorstand der Berufsschule, als Mitglied der Baukommission, als Vertreter der Stadt, quasi als Eigentümer von diesen Gebäuden ganz herzlich für die Zustimmung und das grosse Vertrauen für den Erweiterungsbau des Weiterbildungszentrums danken. Es ist ein klarer Auftrag, um eine gute und praxisnahe Ausbildung und Ausbildungsstätte schaffen zu können. Wir nehmen den Auftrag so gerne entgegen und freuen uns, wenn wir es dementsprechend umsetzen können.

Noch eine kleine Bemerkung zur Jury. Es ist immer eine Herausforderung, dass wir eine gute, aussagekräftige und schlagkräftige Jury zusammenstellen können. Ich denke, dass bei Wettbewerben vermehrt darauf geachtet werden sollte, dass junge Architektenteams eingeladen werden. In der Jury ist es aber auch so, dass man die Nutzerinnen und Nutzer der Gebäude einbindet, in diesem Fall mit der Schulleitung, welche die Vertretung für die Schule übernahm. Dies noch zu den Berufsschulen.

Dann noch zwei weitere Informationen:

Jahresbericht

Der Jahresbericht ist in Bearbeitung und wie ihr alle noch wisst, mussten wir an der Budgetdebatte für den Jahresbericht eine Kürzung entgegennehmen. Wir haben uns im Stadtrat darüber unterhalten und haben im Anschluss an diese Einwohnerratssitzung im Stadtrat und in der Verwaltung vertiefte Abklärungen gemacht. Wir haben festgestellt, dass der interne Aufwand diesen Jahresbericht umzukrempeln und eine Neu-Konzeption zu machen, die Abteilungsressourcen zusätzlich massiv belasten würde. Aufgrund dessen hat der alte Stadtrat beschlossen, dass man vom Erscheinungsbild her, nicht aber vom Inhalt her, einen Jahresbericht light zu erstellen. Das heisst, er wird im ähnlichen Erscheinungsbild wie wir es bereits jetzt hatten aufbereitet, verzichtet aber auf Bilder, Kapitel und auf die Highlights der Abteilungen. Es ist dann weniger umfangreich und mit einer reduzierten Anzahl von Grafiken. Der inhaltliche Aufbau bleibt gleich. Dem alten wie auch dem neuen Stadtrat ist es wichtig, dass ein zeitgemässes Layout angestrebt wird, soweit es die Ressourcen ermöglichen. Wir haben bei der Beurteilung die Mehrbelastung der Verwaltung, als grösser und einschneidender erachtet. Ich gebe zu, dass der Stadtrat bei der Budgetdebatte sich über die Konsequenzen dieses Entscheids nicht bewusst war. Wir bedauern, dass dann die Diskussion nicht geführt wurde und dies von Seiten Stadtrat stillschweigend zur Kenntnis genommen wurde. Der neuformierte Stadtrat wird in Absprache mit der Legislative, also mit Ihnen, dem Einwohnerrat, spätestens an der Rechnungssitzung befinden, wie man in Zukunft mit dem Rechenschaftsbericht verfahren soll. Dort werden wir auch die Gelegenheit haben, diese Diskussion zu führen. Dies als Vorinformation, bevor sie den Rechenschaftsbericht in der Hand haben.

Krieg in der Ukraine

Ich schliesse mich den Ausführungen am Anfang der Sitzung des Einwohnerratspräsidenten an. Zurzeit bedrückt uns der Krieg in der Ukraine. Unzählige Menschen sind auf der Flucht, vor allem Frauen, Kinder und ältere Menschen. Die Solidarität, das konnten wir erfahren, wie auch das Bedürfnis nach Hilfeleistungen aus der Bevölkerung ist gross. Es gibt verschiedene Anfragen beziehungsweise Hilfeleistungen und Unterstützungen, welche bei der Stadtverwaltung eingegangen sind und es werden sicher noch mehr Anfragen

eingehen. Es gibt eine grosse Betroffenheit in der Bevölkerung. Wir sind der Meinung, dass wir diese Personen auch abholen sollten. Die Nachfrage nach Unterstützungsmöglichkeiten für Leute aus der Ukraine wächst täglich. Laufend kommen Angebote und Anfragen zu uns und wir möchten gerne in der Koordination eine Rolle übernehmen. Wir haben deshalb eine telefonische Hotline eingerichtet, welche eine Koordinationsstelle sein soll, um die Angebote und Anfragen entgegenzunehmen und zu koordinieren. Eine E-Mail-Adresse ist für den gleichen Zweck ebenfalls eingerichtet worden. Es wird ein Onlineformular erarbeitet, welches in den nächsten Tagen aufgeschaltet wird. Mit diesem Formular kann man Angebote, Wohnraum, Sachspenden, persönliche Unterstützung, Dolmetscherdienste und so weiter koordinieren. Betreffend Wohnraum ist man ebenfalls mit dem Kanton im Austausch. Stadteigene Liegenschaften stehen für eine Unterbringung für Flüchtlinge aus der Ukraine nicht zur Verfügung, da alle vermietet oder besetzt sind. Die Stadt tritt dort, wo es nötig ist, zwischen privaten Liegenschaftsbesitzern und den kantonalen Stellen als Vermittler auf. Wir sind der Meinung, dass es innerhalb der Stadt, aber auch als eine Verbindung zum Kanton, eine Koordinationsstelle braucht. Mit diesem ersten Schritt signalisieren wir unter anderem auch unsere Solidarität und auch die Bereitschaft, Flüchtende aufzunehmen und zu unterstützen. Der Bund und der Kanton werden wahrscheinlich schnell über die weiteren Abläufe entscheiden und informieren. Wir wissen nicht, wie viele Menschen kommen werden und wohin diese kommen werden. Aber wir möchten, zusammen mit der Bevölkerung, mindestens minimal vorbereitet sein.

Revision des Aargauer Steuergesetzes / Anfrage

Anette Sikyr (SP): Wir werden am 15. Mai über die Revision des Aargauer Steuergesetzes abstimmen. In diesem Zusammenhang hat Thomas Schär dem Stadtrat eine schriftliche Anfrage geschickt. Ich möchte euch gerne diese konkrete Fragestellung von dieser Anfrage vorlesen:

- Wie beurteilt der Stadtrat, die durch die Steuergesetzrevision bedingten Mindereinnahmen?
- Sind sie aus der Sicht des Stadtrats für Lenzburg verkraftbar?
- Für den Fall, dass die Gesetzesrevision angenommen wird, mit welchen Massnahmen plant der Stadtrat die Mindereinnahmen im Budget der Stadt zu kompensieren.

Danke vielmals für die Beantwortung.

Vizeammann Andreas Schmid: Danke für die vorzeitige Zustellung der Anfrage, somit können wir diese schon an dieser Sitzung hier im Rat behandeln. Ich konnte die notwendigen Abklärungen dazu machen.

Zur ersten Frage: *"Wie beurteilt der Stadtrat, die durch die Steuergesetzrevision bedingten Mindereinnahmen und sind sie aus der Sicht des Stadtrats für Lenzburg verkräftbar"*. Ich kann insofern informieren, dass diese etappierten Mindersteuereinnahmen bereits im Aufgaben- und Finanzplan bis im Jahr 2025 berücksichtigt sind. Dies ist bereits eingeplant. Es ist so, dass die letzte Etappe im Jahr 2026, beziehungsweise die Kompensations-Massnahme wegfallen wird. Dort gibt es vom kantonalen Steueramt eine Modellrechnung, welche auf dem Steuerjahr 2020 basiert. Das Steuerjahr 2020 war ein sehr gutes Steuerjahr und so ist man auf der sicheren Seite mit dieser Berechnung. Wir reden von Mindereinnahmen, im Vergleich zum Jahr 2020 von 1,3 Mio. Franken, welche wir aufgrund der Steuergesetzrevision weniger in unserer Stadtkasse haben werden. Aus meiner Sicht sind das Mindereinnahmen, welche verkräftbar sind. Auch mit der Tatsache, dass man in Lenzburg so aufgestellt ist, dass 90 % der Steuereinnahmen von natürlichen Personen kommen und "nur" 10 % von juristischen Personen. Die Abhängigkeit der Steuergesetzrevision ist also für die Stadt Lenzburg nicht so gross. Aber natürlich, auch 1,3 Mio. Franken machen weh, wenn wir diese weniger haben. Wir wissen, dass wir viele Herausforderungen und Investitionen vor uns haben, welche finanziert werden müssen. So kann man schon sagen, dass diese 1,3 Mio. Franken nicht einfach an der Stadt Lenzburg vorbeigehen. Aber auf der anderen Seite muss man sehen, wenn gewisse Überbauungen in der Stadt Lenzburg stattfinden und wir einen Bevölkerungszuwachs haben, wird dies deutlich mehr sein, was den Steuerertrag anbelangt, als die Steuergesetzrevision wegnimmt.

Zur Frage zwei: *"Für den Fall, dass die Gesetzesrevision angenommen wird, mit welchen Massnahmen plant der Stadtrat die Mindereinnahmen im Budget der Stadt zu kompensieren"*. Wie bereits gesagt, sind im Aufgaben- und Finanzplan bis ins Jahr 2025 diese Auswirkungen bereits berücksichtigt. Im Jahr 2026, wo die Steuergesetzrevision voll einfahren wird, ist es im Moment noch schwierig zu sagen. Je nach Situation, welche Investitionen wir im Jahr 2026 wirklich tätigen und wie die gesamte Budgetsituation bis dann aussieht. Es wäre also nicht vernünftig jetzt schon irgendwelche Aussagen zu dieser Frage zu machen. Wir werden diese Frage im Rahmen des Budgets spätestens im Jahr 2026 beantworten und laufend mit der Aufgaben- und der Finanzplanung überprüfen.

Anette Sikyr (SP): Danke für die rasche und fundierte Antwort.

Anfrage LED-Strassenbeleuchtung

Markus Thöny (SVP): Entgegen meiner Vorrednerin, die alles richtig gemacht hat und die Anfrage rechtzeitig eingereicht hat, komme ich ein wenig hinten nach wie die alte Fasnacht. Und wenn ich Fasnacht sage, dann meine ich das fast wortwörtlich. Die drei Tage in Basel waren sensationell. Unsere Anfrage dreht sich um folgendes Thema. Rudolf Baumann hat heute, im Zusammenhang mit der Dragonerstrasse, schon darüber berichtet. Es geht uns um die Beleuchtung. Die Stadt Lenzburg ist seit 2005, beziehungsweise die SWL im

Auftrag von der Stadt Lenzburg, am Ersetzen der Beleuchtungen. Es wird alles was Strassenbeleuchtung ist auf LED-Technologie gewechselt und somit kann eine massive Energieersparnis erzeugt werden. Die Technologie dieser Leuchten hat sich stetig weiterentwickelt und so haben wir heute Leuchten, welche bei einer sehr hohen Lichtleistung nur wenig Energie brauchen. Die Lichtleistung, die lässt sich ein wenig richten, aber eben nicht komplett. Und dies bedeutet, wir haben es bereits gehört, dass sich gewisse Anwohner durch den Lichteinfall, welcher in ihre Wohnungen fällt, gestört fühlen. Dazu haben wir ein paar Fragen an den Stadtrat, auf die ich jetzt aber nicht näher eingehen will. Ich werde das Dokument der Kanzlei schicken, um dieses an alle zu verteilen, sodass der Stadtrat auf die nächste Sitzung Zeit hat, diese Fragen zu beantworten.

Postulat "Strategie zur Verhinderung des Klimanotstands"

Anna-Lena Drahts (Grüne): Ich möchte unserem Postulat auch noch ein paar kurze Worte auf den Weg geben. Vor etwas mehr als einer Woche ist der Bericht der IPCC erschienen. Ich brauche euch nicht zu erklären, dass wir ein Zeitproblem haben. Dringend ist dringend und dies braucht auch keine weiteren Ausführungen. Unser Postulat ist von der Klimagruppe Lenzburg erarbeitet worden. Aus einer Gruppe von Personen aus der Region, welche sich seit Jahren mit der Klimaproblematik beschäftigt. Es war der Klimagruppe ein Anliegen, nicht nur Forderungen an die Stadt zu stellen, sondern bei der Ausarbeitung der Lösungen dabei zu sein, sich daran zu beteiligen und umzusetzen. Wir von den Grünen wollen das Postulat der GLP auch unterstützen, weil diese im Kern unserem Postulat entspricht. Es ist ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Ich wollte an dieser Stelle auch noch schnell die Aussage von Brigitte Vogel aufnehmen und ihr zustimmen, was die Kompensation angeht. Es kann nicht der einzige und der grösste Weg sein. Unser Postulat fordert in erster Linie, dass die Stadt anerkennt, dass wir uns in einer Krise befinden. Und dass die Bekämpfung dieser Krise Priorität hat. Der Hauptteil im Dokument zeigt die konkreten Lösungsvorschläge. Ich möchte an dieser Stelle das Wort "Vorschlag" auch betonen, denn mit der Annahme des Postulats nimmt man nicht automatisch auch die Vorschläge an. Uns ist bewusst, dass wir ambitionierte Ziele stellen. Die Erreichung von Nettonull bis ins Jahr 2030 erscheint schon fast unmöglich. Aber wenn wir schon beim Wort Wahlkampf sind, stand dies doch auf einigen Plakaten. Wir finden, dass diese wertvolle Zeit nicht mit jahrelangen Abklärungen vorbeigehen sollte. Wir wollen so schnell wie möglich mit der Umsetzung von konkreten Massnahmen anfangen. Ich bedanke mich an dieser Stelle herzlich bei den Mitgliedern der Klimagruppe für ihren Einsatz und das Engagement. Und auch bei euch liebe Kolleginnen und Kollegen für die Unterstützung. Das Umweltthema ist ein Thema, welches uns fordert zusammen zu arbeiten, worauf ich mich persönlich sehr freue.

Traktandum "Umfrage"

Michael Häusermann (SVP): Wir sind beim Traktandum 8. Das Traktandum 8 heisst Umfrage. Ich erlebe es immer wieder, und ich bin schon längere Zeit hier im Rat. Wir haben es soeben gehört, es wurde erzählt, aber es wurden keine Fragen gestellt. Die Ratsführung sollte so sein, dass wenn jemand mit einer Märchenstunde beginnt, diese dann abgebrochen wird. Sonst muss das Traktandum in "wer etwas zu erzählen hat, soll etwas erzählen" umbenannt werden. Der Rat soll so geführt werden, dass man die Leute beim Traktandum 8, Fragen zu einem Thema stellen lässt und sonst bitte abklemmen soll.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Danke Michael für den Input. Ich interpretiere dies anders. Ich finde es gibt hier durchaus Raum, dass etwas was eingereicht wurde, auch noch kurz begründet werden kann. Ich stimme dir hingegen zu, dass wenn die Ausführungen nicht wie im Reglement des Einwohnerrats erwähnt, kurz und bündig sind, man durchaus intervenieren kann. Das aber immer eine Frage beinhaltet sein muss sehe ich so nicht. Es kann auch eine Anregung, ein Input oder wie in diesem Fall, eine kurze Begründung zu etwas sein, was eingereicht worden ist und vielleicht erst später wieder kommt. Wir werden sicher nochmals darüber sprechen, trotzdem finde ich es nicht schlecht, dass man nicht alles nur lesen muss, sondern auch noch zwei bis drei Worte dazu hört.

Ausbau A1

Adrian Höhn (GLP): Wie wir heute der Presse entnehmen konnten, ist der Ausbau der A1 auf 6 Spuren ab dem Jahr 2031 geplant. Das heisst, dieser Abschnitt, welcher hier durch Lenzburg führt, wird ab dann auf 6 Spuren erweitert. Alle Gemeinden welche davon betroffen sind haben die Möglichkeit bis am 31. Mai 2022 dazu Stellung zu nehmen. Wir vom Gebiet Wolfsacker sind schon heute einer hohen Lärmbelastung ausgesetzt. Vor allem bei einer Bisen-Lage und dieser einseitigen Lärmschutzwand, welche nur Nordseitig erstellt worden ist und die ganze Reflektion eigentlich in unser Quartier hineinbringt. Mit dem Ausbau auf 6 Spuren erhöht sich dies um einiges. Ist sich der Stadtrat dessen bewusst, dass er da Stellung nehmen kann und plant er Einfluss zu nehmen in Bezug auf die Erstellung von südlichen Lärmschutzwänden?

Daniel Mosimann (Stadtammann): Ja, der Stadtrat ist sich bewusst, dass er Stellung nehmen kann. Es ist ein sehr dickes Dossier, welches abgegeben wurde. Am Montag oder Dienstag fand ein Informationsanlass für alle Gemeinden von Aarau bis nach Baden über diesen 6-Spurausbau statt. Wir werden jetzt die Unterlagen genau studieren. Dann die Auswirkungen, welche es auf Lenzburg hat und auf die ganze Verkehrssituation, das Verkehrsmanagement und auf alles was angedacht ist. Wir werden die Stellungnahme dementsprechend abfassen inkl. den Auswirkungen mit dem zunehmenden Verkehr, welche sich für die Stadt und die Bewohnerinnen und Bewohner ergeben werden. Und hier gehört die Lärmthematik sicher dazu.

Schlusswort

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Dann habe ich noch eine bitte an euch. Schaut schnell nach rechts, dann nach links, nach hinten und vorne und merkt euch wer neben euch sitzt. Wir haben nämlich, weil wir wieder in der traditionellen Sitzordnung sind, versucht, während der Sitzung einen Sitzplan zu erstellen. Grundsätzlich wäre es schön, wenn man so sitzen bleiben könnte.

Danke fürs aktive Mitmachen. Die Sitzung ist geschlossen

NAMENS DES EINWOHNERRATS
Der Präsident:



Die Protokollführerin:



